

Längerer Hebel



Birgit Svensson
zum Kanzlerbesuch am Golf

Umstrittene Kronprinzen, autokratische Herrscher, menschenrechtsfeindliche Stadionbauten: Der Golf ist keine einfache Region für Demokratien und Menschenrechtler. So stand denn auch der Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz und seinen Begleitern unter dem Motto Geschäft oder Moral. Beides zu verbinden, geht bei den despotischen, menschenverachtenden Emiren nicht. Sie verzeihen eine moralische Bilanz, die einen schaudern lässt.

Das haben Scholz und Co. schnell bemerkt und es vermieden, moralische Ansprüche geltend zu machen und sie über Gebühr zu betonen. Denn die Scheichs sitzen am längeren Hebel. Infolge von Putins Krieg in der Ukraine sind sie wieder in den Mittelpunkt der westlichen Welt gerückt. Man braucht sie für die Engpässe bei den Energielieferungen, damit in Europa nicht die Lichter ausgehen. Wurden sie noch bis zum Februar für ihre menschlichen Verfehlungen gescholten, ignoriert und gemieden, werden sie jetzt hofiert. Das Geschäft dominiert, die Moral verblasst. So schnell geht das.

Bericht Seite 4
politik@weser-kurier.de



Martin Erl

Keine Eile



Timo Thalmann
zu einer neuen Mülldeponie

Eine neue Mülldeponie ist kein Thema, mit dem irgendeine Partei einen politischen Blumentopf gewinnen könnte. Die CDU versucht es aktuell trotzdem. Sie wirft dem Bremer Senat vor, mit Blick auf die mutmaßlich langen Planungsverfahren zögerlich zu agieren, wo doch die Zeit dränge. Das zuständige Umweltressort sieht dagegen keinen Grund zur Eile. Die vorhandenen Kapazitäten im Blockland reichten lange genug, um mögliche Alternativen gründlich zu prüfen.

Man kann schon jetzt vorhersagen: Vor der Wahl im kommenden Jahr wird die Prüfung nicht abgeschlossen sein, denn wo immer man einen neuen Standort vorschlägt, wird es Widerstand geben. Jeder will seinen Müll loswerden, aber nicht vor der Haustür aufgeschichtet sehen. Weil das auch die CDU weiß, kann sie das vermeintliche zögerliche Handeln bis dahin immer wieder mal anprangern. Sie kann sich sicher sein, dass die Antworten des Senats schwammig bleiben. Genauso schwammig wie die CDU, wenn man sie auf einen konkreten Vorschlag anspricht.

Bericht Seite 7
timothalmann@weser-kurier.de

Wer desertiert, muss willkommen sein



Benjamin Lassiwe
zur Teilmobilmachung

Einige von ihnen sind im Grunde dem Tode geweiht. Russlands Diktator Wladimir Putin lässt 300.000 Reservisten einberufen, manche Berichte sprechen von bis zu einer Million Menschen. Familienväter, junge Berufstätige, Männer, die den Wehrdienst absolviert und das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Manche werden wohl einfach auf der Straße festgenommen und an die Front geschickt.

Dort werden sie mit veralteten Waffen einen völlig sinnlosen Krieg führen müssen, der illegal, völkerrechtswidrig und moralisch verurteilswert ist. Wer sich der Einberufung verweigert, muss mit langen Gefängnisstrafen rechnen. Wer ins Ausland flieht, wird seine Heimat auf absehbare Zeit nicht wiedersehen können.

Es ist bemerkenswert, dass die Teilmobilmachung in Russland erstmals nennenswerte Proteste gegen das Regime hervorruft. Doch ein schnelles Ende von Putin und seiner Regierung ist nicht in Sicht, im Gegenteil: Der Diktator wehrt sich gegen die absehbare Niederlage. Er strampelt, er kämpft und verschleppt die Dauer des Krieges dadurch. Noch viele Russen, noch viele Ukrainer werden ihr Leben lassen müssen.

Genau deswegen aber ist es wichtig,

diejenigen zu unterstützen, die nicht für Russland kämpfen wollen. Wer vor der russischen Armee desertiert, muss ein Recht auf Asyl in Europa haben – oder, wie es Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) kürzlich in einem Tweet formulierte: „Wer Putins Weg hasst und die liberale Demokratie liebt, ist uns in Deutschland herzlich willkommen.“

Dazu allerdings müssen potenzielle Kriegsdienstverweigerer erst einmal einen Weg nach Deutschland finden. Es ist bedenklich, dass die europäischen

Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund sollte über jeden Zweifel erhaben sein.

Nachbarländer Russlands, also die baltischen Staaten und Finnland, ihre Landesgrenzen zunehmend schließen. Natürlich: Gerade die baltischen Staaten haben in der Vergangenheit massiv unter der Okkupation durch die Sowjetunion gelitten. Sie fürchten die von der Exklave Kaliningrad und der direkten Nachbarschaft zu Russland und Belarus ausgehende Bedrohung. Sie leben mit großen russischen Minderheiten, deren politische Zuverlässigkeit in solch einer Krisenzeit nicht immer außer Frage steht.

Doch die Grenzschließungen machen es für Menschen, die Russland aus Gewissensgründen oder politischen Gründen verlassen wollen, zunehmend schwer: Am Tag der Bekanntgabe der Teilmobilmachung waren alle Flüge in Länder, die für Russen visafrei bereisbar sind, vollständig ausgebuht – ganz abgesehen davon, dass natürlich auch Russland selbst kein Interesse daran hat, diese Menschen außer Landes zu lassen.

Die Europäische Union sollte deswegen – bei allem berechtigten Interesse daran, bloße Urlaubsreisen nach Europa zu unterbinden – nach Wegen suchen, die die Außengrenzen der EU für Menschen, die vor einer Einberufung fliehen und deren Familien durchlässig lässt.

Eine entsprechende Visavergabe seitens der Botschaften und Konsulate in Moskau sollte dazu ebenso gehören, wie eine gewisse Großzügigkeit bei der Einreise in Finnland oder im Baltikum. Dass Menschen, die vor einer Einberufung fliehen, ähnlich wie Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine anschließend in alle europäischen Staaten weiterverteilt werden müssen und gerade nicht die russischen Minderheiten in den baltischen Staaten verstärken dürfen, versteht sich von selbst.

Auf jeden Fall aber sollte die Kriegsdienstverweigerung im Angesicht eines aktiven Krieges als Asylgrund in der EU über jeden Zweifel erhaben sein: Denn jeder russische Reservist, der in Europa um politisches Asyl bittet, kämpft nicht in der Ukraine und zeigt mit seinem Verhalten auch recht eindeutig, was er von Putin und seiner imperialistischen Eroberungspolitik hält.

politik@weser-kurier.de

WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten

WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten

TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen

Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglied der Redaktion: Michael Brandt
Digitalchef: Bastian Angenendt-Eiserbeck
Art-Direktor: Franz Berding

Leiter Zentralredaktion und Politik: Markus Peters - Chefreporter: Jürgen Hinrichs, Jean-Julien Beer - Bremen/Niedersachsen und Wirtschaft: Maren Beneke, Matthias Sonnenberg (Komm.)
Stadtteil: Antje Borstelmann - Kultur: Iris Hetscher
Sport: Matthias Sonnenberg - Kommunal- und Landespolitik: Jürgen Theiner - OSTERHOLZER KREISBLATT: Lars Fischer
DIE NORDDEUTSCHE: Björn Josten - WÜMME-ZEITUNG: André Fesser - SYKER KURIER/REGIONALE RUNDschAU: Wolfgang Sembritski (Komm.) - ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Felix Gutschmidt* - DELMENHORSTER KURIER: Gerwin Möller*

Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Berlin: Anja Maier - Büro Brüssel: Katrin Pribyl - Büro Paris: Birgit Holzer - Büro London: Susanne Ebner - Büro Washington: Thomas Spang
*Pressedienst Nord GmbH

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle.
Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 44,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenplatz verantwortlich: Tanja Bittner
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 76.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
Mo. bis Fr. 9.30 bis 17 Uhr. Telefonisch Mo. bis Fr. von 6.30 bis 17 Uhr, Sa. von 7 bis 12 Uhr und So. von 9 bis 12 Uhr.
Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 04 21/ 36 71 00 Telefax: 04 21/ 36 71 10 00
Abonnenten-Service:
Telefon: 04 21/ 36 71 66 77 Telefax: 04 21/ 36 71 10 20
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
Online: weser-kurier.de/kundenservice sowie über die WK News-App

Redaktion:
Telefon: 04 21/ 36 71 00 Telefax: 04 21/ 36 71 10 00
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
Anzeigennahme:
Telefon: 04 21/ 36 71 66 55 Telefax: 04 21/ 36 71 42 21 (Anzeigen)
Telefon: 04 21/ 36 71 10 10 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

Druck: Druckhaus Delmenhorst GmbH



Ein russischer Wehrpflichtiger verabschiedet sich. Wer sich der Einberufung entzieht, geht ein hohes Risiko ein.

FOTO: DPA

Süddeutsche Zeitung

über die Politik der Bundesregierung: „Schaut man auf die großen Versprechen aus dem Wahlkampf, dann wird klar, wie albraumhaft die Begegnung mit der neuen Realität für viele sein muss. Vor einem Jahr versprach die SPD im Kampf um die Macht eine Außenpolitik ganz im Brandt'schen Erbe, die den weltweit wachsenden Spannungen eine auf Kooperation und Abrüstung ausgerichtete Friedenspolitik entgegensezten wollte. Die Grünen hatten sich einen großen Sprung Richtung Klimaschutz auf die Fahnen geschrieben, mit scharfen Einschnitten beim Verbrauch von Kohle, Gas und Öl. Und die Liberalen verfolgten das Ziel, mit dem eigenen Parteichef als Finanzminister eine sparsame und transparente Haushaltspolitik durchzusetzen. Und jetzt? Selten musste eine Koalition ihre Hoffnungen auf große Würfe derart rigoros beiseiteschieben, um der neuen Lage Rechnung zu tragen.“

Neue Osnabrücker Zeitung

über Strompreiszonen: „Auf den ersten Blick erscheint die Forderung der norddeutschen Flächenländer logisch: Sie sprechen sich für eine Aufteilung Deutschlands in unterschiedliche Preiszonen beim Strom aus. Hintergrund sind die sogenannten Stromnetzentgelte, die jeder zahlen muss. Die Folge ist, dass Länder, die einen hohen Anteil am Ausbau der erneuerbaren Energien schultern, die höchsten Strompreise verkratzen müssen. Kein Wunder, dass der Norden das Thema in der aktuellen Energiekrise wieder aufwärmmt. In Niedersachsen wird in zwei Wochen gewählt. Das macht sich im Wahlkampf zwar gut, aber die Debatte hat auch eine Kehrseite. Ist es sinnvoll, in diesen angespannten Zeiten einen Keil zwischen die nord- und süddeutschen Bundesländer zu treiben?“

Frankfurter Allgemeine Zeitung

über die Gasumlage: „Nachdem nun auch Christian Lindner die Lust an der Gasumlage zu vergehen scheint, bleiben nur wenige Tage, um sie noch abzuwenden. Würde sie dennoch zum 1. Oktober eingeführt, wüsste wohl niemand mehr in der Koalition, warum eigentlich. SPD, Grüne und FDP haben sich Stück für Stück von der Umlage distanziert – und sind das nicht die Parteien, die das Land regieren? Wer auch immer dafür verantwortlich gemacht wird (vorläufig hat Robert Habeck den Schwarzen Peter), er wird sich damit herausreden können, dass die Entwicklung am Gasmarkt die Regierung einfach überrollt habe. Dagegen ist einzuwidern, dass andere Länder (...) längst den Kurs eingeschlagen haben, auf den auch Deutschland mutmaßlich einschwenken wird.“

Augsburger Allgemeine

über die Pandemie: „Corona gehört jetzt zum Leben dazu, ist ein weiteres Risiko mehr (...). Deutschland beklagt Tausende Tote jährlich infolge des Konsums von Alkohol und Zigaretten. Fettleibigkeit, Grippe, Diabetes oder auch der Straßenverkehr treiben die Sterberate ebenfalls nach oben (...). Niemand im Land hat sich damit abgefunden, aber alle leben damit. Am Ende wird es mit Corona auch so sein.“